Fragebogen zur Eignungsprüfung

	Bezeichnung	Antwort	Kriteriengewichtung
1	**Zulassung Angebote**		
1.1	**Eignungs- und Angebotsprüfung**		
1.1.1	**Allgemeine Angaben**		
I 1.1.1.1	**Wettbewerbsregister/ Gewerbezentralregister** Bitte geben Sie für die Abfrage aus dem Gewerbezentralregister bzw. dem Wettbewerbsregister 1. das Registergericht mit Sitz und 2. die Registernummer und 3. die Rechtsform und 4. die Umsatzsteueridentnummer der bietenden Firma an. (Name und Anschrift werden aus dem Bieterprofil übernommen). Es wird darauf hingewiesen, dass die Angaben für Zwecke der Auskunftsanforderung aus dem Gewerbezentralregister bzw. dem Wettbewerbsregister wegen möglicher Verstöße gegen das ArbeitnehmerEntsendegesetz oder das Mindestlohngesetz verwendet werden. Bei Aufträgen ab einem Wert von € 30.000 ist die Auskunftsanforderung vor Zuschlagserteilung zwingend vorgeschrieben (§ 6 WRegG, § 21 AEntG, § 19 MiLoG).		
I 1.1.1.2	**Gesetzlicher Vertreter** Bitte geben Sie folgende Daten der/des gesetzlichen Vertreter(s) (jur. Person) bzw. vertretungsberechtigten Gesellschafter(s) (Personengesellschaft, Einzelunternehmen) an: 1. Nachname 2. Vorname 3. Geburtsname (falls abweichend) 4. Geburtsort		

	Bezeichnung	Antwort	Kriteriengewichtung
	5. Geburtsdatum 6. Staatsangehörigkeit		
I 1.1.1.3	**Frage nach der Unternehmensgröße** Bitte geben Sie an, ob es sich bei dem bietenden Unternehmen nach der Empfehlung der EU-Kommission vom 6. Mai 2003 um - ein Kleinstunternehmen - ein kleines Unternehmen oder um - ein mittleres Unternehmen handelt Wenn ja, geben Sie bitte an, welches der genannten Unternehmen zutrifft. Erläuterung: Kleinstunternehmen: weniger als 10 Mitarbeiter und ein Jahresumsatz bzw. eine Jahresbilanz von unter 2 Mio. € kleines Unternehmen: weniger als 50 Mitarbeiter und ein Jahresumsatz bzw. eine Jahresbilanz von unter 10 Mio. € mittleres Unternehmen: weniger als 250 Mitarbeiter und ein Jahresumsatz von unter 50 Mio. € bzw. eine Jahresbilanz von unter 43 Mio. €		
I 1.1.1.4	**Vorliegen einer Bietergemeinschaft** Nehmen Sie gemeinsam mit anderen am Vergabeverfahren teil? (Falls ja, ist dem Angebot die Erklärung Bietergemeinschaft ausgefüllt beizufügen.)		
I 1.1.1.5	**Vorliegen einer Unterauftragsvergabe** Beabsichtigen Sie Teile des Auftrags im Wege der Unterauftragsvergabe an Dritte zu vergeben? (vgl. § 36 VgV) (Falls ja, ist dem Angebot das "Verzeichnis Unterauftragnehmer" ausgefüllt beizufügen)		
I 1.1.1.6	**Insanspruchnahme einer Eignungsleihe** Beabsichtigen Sie zur Erfüllung der Eignungskriterien andere Unternehmen in Anspruch zu nehmen ? (vgl. Eignungsleihe § 47 VgV) (Falls ja, ist das Formblatt "Verpflichtungserklärung Unterauftragnehmer" zu verwenden.)		
1.1.2	**Eignungskriterien**		

	Bezeichnung	Antwort	Kriteriengewichtung
1.1.2.1	**Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung (§ 33 Abs. 1 UVgO i. V. m. § 31 Abs. 2 UVgO**		
A 1.1.2.1.1	**Eigenerklärung Befähigung Berufsausübung** (Ist Ausschlusskriterium) Liegen die Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung - auch im Hinblick auf die Integrationsarbeit (z. B. durchTeilnahme an entsprechenden Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogrammen) vor?		
1.1.2.2	**Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit (§ 33 Abs. 1 UVgO i. V. m. § 31 Abs. 2 UVgO**		
A 1.1.2.2.1	**Versicherungsschutz** (Ist Ausschlusskriterium) Können Sie bestätigen, dass ein ausreichender Versicherungsschutz vorhanden ist?		
1.1.2.3	**Technische und berufliche Leistungsfähigkeit (§ 33 Abs. 1 UVgO i. V. m. § 31 Abs. 2 UVgO)**		
A 1.1.2.3.1	**Zertifizierung als Erstbehandlungsanlage gem. § 14 ElektroG** (Ist Ausschlusskriterium) Liegt der Nachweis der Zertifizierung als Erstbehandlungsanlage gemäß § 21 ElektroG in Verbindung mit den einschlägigen Vorgaben aus LAGA M31 A für Erstbehandlungsbetriebe bei?		
A 1.1.2.3.2	**Einbindung von Personen des Dritten Arbeitsmarkts** (Ist Ausschlusskriterium) Können Sie bestätigen, dass die ausgeschriebene Leistung in wesentlichen Teilen, mindestens jedoch zu 50%, durch sozialversicherungspflichtige Beschäftigung von Personen mit Wohnsitz in München erbracht wird, die den Kriterien des Förderprogramms "Dritter Arbeitsmarkt" der LHM entsprechen.		
A 1.1.2.3.3	**Russlandsanktionen** (Ist Ausschlusskriterium) Haben Sie dem Angebot die unterschriebene Eigenerklärung nach Art. 5k Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23		

	Bezeichnung	Antwort	Kriteriengewichtung
	der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 beigefügt?		
1.1.3	**Ausschlussgründe**		
Z 1.1.3.1	**Bestätigung über Vorliegen bzw. Nichtvorliegen von zwingenden Ausschlussgründen** (Ist Ausschlusskriterium) Lag innerhalb der letzten 5 Jahre einer der nachfolgend genannten zwingenden Ausschlussgründe vor? 1. Eine Person, deren Verhalten nach § 123 Abs. 3 GWB dem Bewerber/Bieter zuzurechnen ist, wurde rechtskräftig verurteilt oder gegen den Bewerber/Bieter wurde eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt (einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich), wegen einer Straftat nach: 1.1 § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland), 1.2 § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen, 1.3 § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte), 1.4 § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet		

	Bezeichnung	Antwort	Kriteriengewichtung
	werden, 1.5 § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden, 1.6 § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), 1.7 § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern), 1.8 den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete), 1.9 Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder 1.10 den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels). 2. Der Bewerber/Bieter ist seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen und dies wurde durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt. Bitte beachten Sie: Anzugeben sind nur Verurteilungen innerhalb der letzten fünf Jahre ab dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung. Sofern ein zwingender Ausschlussgrund vorliegt, kann der Bewerber/Bieter eine gesonderte Anlage mit Erläuterungen beifügen, falls er Umstände geltend machen will, um dennoch an dem Vergabeverfahren teilnehmen zu können (bspw. Maßnahmen der Selbstreinigung nach § 125 GWB).		

	Bezeichnung	Antwort	Kriteriengewichtung
	Falls der Auftraggeberin Anhaltspunkte vorliegen, dass die Erklärung (teilweise) unzutreffend sein könnte, werden zusätzlich zur Erklärung weitere Nachweise gefordert. Der Bewerber/Bieter hat in diesem Fall vor Zuschlagserteilung auf Anforderung durch die Auftraggeberin folgende Unterlagen vorzulegen: - Einen Auszug aus einem einschlägigen Register, insbesondere ein Führungszeugnis aus dem Bundeszentralregister oder, in Ermangelung eines solchen, eine gleichwertige Bescheinigung einer zuständigen Gerichts- oder Verwaltungsbehörde des Herkunftslandes oder des Niederlassungsstaates des Bewerbers/Bieters. - Eine von der zuständigen Behörde des Herkunftslandes oder des Niederlassungsstaates des Bewerbers/ Bieters ausgestellte Bescheinigung (Bspw. Finanzamt, Sozialversicherungsträger etc.).		
F 1.1.3.2	**Bestätigung über Vorliegen bzw. Nichtvorliegen von fakultativen Ausschlussgründen** Lag innerhalb der letzten 3 Jahre einer der nachfolgend genannten fakultativen Ausschlussgründe vor? 1. Der Bewerber/Bieter hat bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen, 2. Der Bewerber/Bieter ist zahlungsunfähig oder über das Vermögen des Bieters ist ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden, die Eröffnung eines solchen Verfahrens ist mangels Masse abgelehnt worden, der Bieter befindet sich im Verfahren der Liquidation oder hat seine Tätigkeit eingestellt, 3. Der Bewerber/Bieter bzw. eine Person deren Verhalten nach § 123 Abs. 3 GWB dem Unternehmen zuzurechnen ist, hat im Rahmen der beruflichen Tätigkeit		

	Bezeichnung	Antwort	Kriteriengewichtung
	nachweislich eine schwere Verfehlung begangen, durch die die Integrität des Bewerbers/Bieters infrage gestellt wird, 4. Der Bewerber/Bieter hat eine Vereinbarungen mit einem/mehreren anderen Unternehmen getroffen, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken; 5. Der Bewerber/Bieter hat eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrages erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt und dies hat zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt. Bitte beachten Sie: Anzugeben sind nur Ereignisse innerhalb der letzten 3 Jahre. Sofern ein fakultativer Ausschlussgrund vorliegt, ist dem Angebot zwingend eine Anlage mit Erläuterungen beizufügen, um einen Ausschluss vom Vergabeverfahren unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit prüfen zu können (Umstände, Zeitpunkt und Schwere des Verstoßes, Maßnahmen der Selbstreinigung nach § 125 GWB etc.).		
F 1.1.3.3	**Bestätigung über Vorliegen bzw. Nichtvorliegen weiterer fakultativer Ausschlussgründe** Liegt einer der nachfolgend genannten fakultativen Ausschlussgründe vor? 1) Der Bewerber/Bieter oder ein mit ihm in Verbindung stehendes Unternehmen hat den öffentlichen Auftraggeber beraten oder war auf andere Art und Weise an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens beteiligt. 2) Der Bewerber/Bieter a) hat sich bei seinen Auskünften zur Überprüfung des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen und der Einhaltung der Eignungskriterien einer schwerwiegenden Täuschung schuldig gemacht, b) hat derartige Auskünfte zurückgehalten,	_____ _____ _____	

	Bezeichnung	Antwort	Kriteriengewichtung
	c) ist nicht in der Lage, die erforderlichen Nachweise in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien zu übermitteln, oder d) hat versucht, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die er unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen zu übermitteln, die die Entscheidung über Ausschluss, Auswahl oder Zuschlag erheblich beeinflussen können.		